

28. JULI 1965

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/39

Bonn, Freitag den 23. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1	<u>Haushalt 1965 - magisch und zauberhaft</u>	44
	Auf Kosten der Rentenversicherungsträger Zwangsanleihe zu ungünstigen Bedingungen Von Fritz Büttner, MdB	
2	<u>Praktische Familienpolitik</u>	52
	Hessen gibt Beihilfen für Familienerholung Mittel aus dem Landesjugendplan für kinderreiche Familien	
3	<u>Glosse:</u> Es war einmal eine kleine Partei...	40
	Ein Märchen von Frank Sommer	
4 - 4a	<u>Klare Verhältnisse</u>	69
	Zum Bruch der Deutschen mit den belgischen Jungsozialisten Von Horst Seefeld	
5	<u>Wachsende Anstrengungen an der Bildungsfront</u>	52
	Zur Tagung der Internationalen Erziehungskonferenz in Genf Von Pierre Simonitsch, Genf	

Haushalt 1965 - magisch und zauberhaft

Auf Kosten der Rentenversicherungsträger  
Zwangsanleihe zu ungünstigen Bedingungen

Von Fritz Böttner, MdB

In einem längeren Aufsatz habe ich zu den 750 Millionen Schuldbuchforderungen für die Rentenversicherungsträger Stellung genommen. Bekanntlich hat der Bund den Rentenversicherungsträgern anstelle der acht Milliarden in bar nur 7 1/4 Milliarden gegeben und 3/4 Milliarden in Form von Schuldbuchforderungen. Als ich dies im Plenum des Deutschen Bundestages kritisierte, ist es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Bundesfinanzminister und mir gekommen. 750 Millionen Schuldbuchforderungen sind den Rentenversicherungsträgern zu ungünstigen Bedingungen aufgetroyt worden. Wie ungünstig die Bedingungen sind, hält der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger in seinen Informationen vom Juli 1965 Nr. 66 fest. Er schreibt dazu:

- \* Der vom Bund an die gesetzliche Rentenversicherung jährlich zu leistende Zuschuß, der nach der Reicherversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz in bar zu zahlen ist, wird im laufenden Jahr um 750 Millionen DM gekürzt. In der Höhe dieses Betrages müssen die Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten statt Bargeld Schuldbuchforderungen des Bundes entgegennehmen.
- \* Der Bundesfinanzminister hat dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) mitgeteilt, daß er die ihm durch das Haushaltsgesetz 1965 erteilte Ermächtigung, den Rentenversicherungsträgern Schuldbuchforderungen im Gesamtbetrag bis zu 750 Millionen DM zuzuweisen, voll ausschöpfen will. Die Übernahme der Schuldbuchforderungen soll in drei Raten jeweils zum 25. Juli, zum 24. September und zum 24. November 1965 erfolgen. Die Arbeiterrentenversicherung muß für insgesamt 300 Millionen DM, die Angestelltenversicherung für 500 Millionen DM Schuldbuchforderungen übernehmen.
- \* Die Schuldbuchforderungen werden jährlich mit sechs Prozent verzinst und mit vier Prozent getilgt, so daß sich eine Laufzeit von etwa sechzehn Jahren ergibt. Für die Ausgabe hat der Bundesfinanzminister einen Kurs von 100 Prozent festgesetzt.
- \* Demgegenüber wird die am 5. Juli aufgelegte neue Anleihe der Bundesrepublik Deutschland, deren Laufzeit fünfzehn Jahre beträgt, mit sieben Prozent verzinst und zu einem Kurs von nur 99 1/2 Prozent ausgegeben.
- \* Die Ausstattung der Schuldbuchforderungen entspricht also nicht den zur Zeit marktüblichen Konditionen. Ein Vorschlag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), den Ausgabekurs der Schuldbuchforderungen marktkonform zu senken, ist vom Bundesfinanzminister jedoch abgelehnt worden. Die Zuteilung von Schuldbuchforderungen an die Rentenversicherung ist somit eine Zwangsanleihe des Bundes zu besonders ungünstigen Bedingungen".

Ich habe dieser sachlichen Feststellung nichts hinzuzufügen. Der Bundeshaushaltsplan für das Jahr 1965 mit seinen 63,9 Milliarden bleibt magisch und zauberhaft.

### Praktische Familienpolitik

#### Hessen gibt Beihilfen für Familienerholung

Mittel aus dem Landesjugendplan für kinderreiche Familien

sp - Für eine kinderreiche Familie bedeutet eine gemeinsame Ferien- oder Urlaubsreise immer ein Problem. Das gilt nicht nur hinsichtlich der notwendigen "Urlaubsfinanzen", sondern auch für die familiengerechte Unterbringung. Bei größeren, wirtschaftlich schwächeren Familien, könnte der Traum vom gemeinsamen Urlaub niemals in die Wirklichkeit umgesetzt werden, wenn nicht die Städte und Kreise, die Wohlfahrtsverbände und der Staat helfend eingreifen würden. In Hessen fahren alljährlich viele Familien mit diesen Hilfen in die Erholung.

Träger dieser Maßnahmen sind die Jugendämter und die anerkannten Wohlfahrtsverbände, an die sich die Familien wenden müssen. Diese Institutionen können für die Familienerholung Beihilfen aus den Mitteln des Hessen-Jugendplanes erhalten.

- \* Aber: Wer kann überhaupt in den Genuß einer Erholungsbeihilfe kommen? Dazu Hessens Sozialminister Heinrich H e m s a t h
- \* "Gefördert wird die Teilnahme an Erholungsmaßnahmen von Familien, die nach ihrem Familieneinkommen sonst nicht in der Lage wären, die Ferien oder den Urlaub gemeinsam zu verbringen. Hierzu gehören in erster Linie kinderreiche Familien, unvollständige Familien (in denen der Vater oder die Mutter fehlen), solche, die ihr Einkommen aus Rente oder Sozialhilfe beziehen sowie Familien aus schlechten Wohnverhältnissen wie Lagern, Baracken und ähnlichen Unterküften."

Vom Land gefördert wird die Unterbringung von Familien mit zwei und mehr Kindern, sofern die gemeinsame Erholung von Eltern und Kindern mindestens zwei Wochen und längstens vier Wochen beträgt und die Familie im vorangegangenen Kalenderjahr nicht an einer nach dieser Richtlinie aus Landesmitteln geförderten Erholungsgemeinschaft teilgenommen hat. Kann ein Elternteil aus zwingenden Gründen an der Erholungsmaßnahme nicht teilnehmen, so genügt es, wenn nur ein Elternteil teilnimmt.

Auch auf dem Gebiet der Familienerholung hat das Land Hessen ein gutes Beispiel gegeben. Es verdient nicht nur Beachtung, sondern auch Nachahmung.

Glosse:

Es war einmal eine kleine Partei...

Ein Märchen von Frank Sommer

Es war einmal eine kleine Partei, die war des langen Wartens müde. "Ach", sprach ihr Vorsitzender, "wenn ich doch endlich einen Ministersessel haben könnte!" und plötzlich fiel er um, und mit ihm seine ganze kleine Partei. Aber sie hatten Glück; denn sie fielen ganz weich - direkt in schöne, tiefe Ministersessel. Da freuten sie sich sehr.

Als aber die Wähler sahen, was geschehen war, da wurden sie sehr böse und immer weniger wollten der kleinen Partei ihre Stimme geben. Als die umgefallene Partei das sah, da wurde sie sehr traurig und überlegte, was sie wohl tun könne. Und guter Rat war teuer!

Doch siehe, ihr Vorsitzender Erich hatte eine gute Idee. "Wir werden", so sprach der schöne Erich, "auf den Ministersesseln sitzen bleiben, aber dem Wahlvolk werden wir Opposition spielen!" "Das ist aber eine gute Idee", riefen da alle Parteimänner, und sie freuten sich sehr.

Flugs eilten sie hin und setzten eine große, schöne Anzeige in den "Stern". Die hieß: "... die kleben nicht am Sessel" und viel Kurzweiliges stand darin zu lesen. Zum Beispiel: "Wie sähe es aber aus, wenn in kommdender Bundestag wieder eine Partei allein die absolute Herrschaft hätte? - Dem Amtsmissbrauch und der Amtsanmaßung wären wieder Tür und Tor geöffnet. Wir haben es ja alle erlebt!"

Als nun die Anzeige erschienen war, da wurde eine andere, viel größere Partei sehr, sehr böse und rief: "Ihr garstigen Minister, wollt ihr wohl keine solch bösen Sachen über uns schreiben!" Und wie die armen Männer von der kleinen Partei das hörten, erschrakten sie so sehr, daß sie schon wieder umfielen. "Ach", rief der schöne Erich, "nie und nimmer habe ich etwas von der Anzeige im 'Stern' gewußt, ganz von alleine ist alles passiert!" Und alle seine Freunde in den schönen, weichen Ministersesseln riefen in Chor: "Nie und nimmer haben wir etwas gewußt, und wir wollen es auch nie wieder tun! Und überhaupt: mit dem Amtsmissbrauch und der Amtsanmaßung, da haben wir gar nicht Euch gemeint, sondern ganz jemand anderen!"

Als das die Männer von der anderen, großen Partei hörten, freuten sie sich sehr und ihr Sprecher eilte hin und erzählte alles der Presse. Die aber wunderte sich gar sehr, und auch das Wahlvolk wurde sehr böse und rief: "Seid ihr schon wieder umgefallen, ihr garstigen Minister?" Als das die Männer von der kleinen Partei hörten, wurden sie sehr traurig und verzagt. Und wenn sie nicht sterben, dann leben sie noch nach dem 19. September 1965 ein wenig.

PS: Wer das Märchen nicht glaubt, der lese das Protokoll der Bundespressekonferenz vom 21. Juli 1965.

Klare Verhältnisse

Zum Bruch der deutschen mit den belgischen Jungsozialisten  
Von Horst Seefeld

Die deutschen Jungsozialisten wurden dieser Tage in der Richtigkeit einer Entscheidung bestätigt, die sie im November des vergangenen Jahres in einer Bundesausschuß-Sitzung in Frankfurt gefaßt hatten. Sie beschlossen damals, nach einer sehr ausführlichen Diskussion, daß "zwischen dem Bundesausschuß der deutschen Jungsozialisten und dem Nationalkomitee der belgischen Jungsozialisten alle Beziehungen abgebrochen werden". Die Belgier hatten sich auf ihrem letzten Jahreskongreß für offizielle Kontakte mit der FDJ und damit gegen die deutschen Jungsozialisten entschieden, die freundschaftlich versucht hatten, die belgischen Jungsozialisten von dieser Entscheidung abzubringen.

Vorausgegangen war eine Meldung der sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN im Januar 1964. Damals vorbereitete diese Agentur, daß der erste Sekretär des Zentralrates der FDJ, Horst Schumann, eine vom Nationalsekretär der belgischen Jungsozialisten geleitete Delegation nach einer Rundreise durch die Sowjetzone zu einer Abschlusssprache in Ostberlin empfangen habe. Die belgischen Gäste äußerten sich anerkennend über die Bildungsmöglichkeiten für die Jugend und die Rolle, die die Jugend in Mitteldeutschland bei der Denkung und Leitung des Staates einnehme. Der Sekretär der belgischen Jungsozialisten wurde daraufhin von den deutschen Jungsozialisten um eine Stellungnahme zu diesen Vorgängen gebeten. Von deutscher Seite ging man davon aus, daß Belgier und Deutsche, die zusammen in der Sozialistischen Jugendinternationale waren, eine gemeinsame Politik betreiben müßten. Es wurde als unfreundlicher Akt empfunden, daß die belgischen Jungsozialisten in die sowjetische Besatzungszone reisen und mit der offiziellen Staatsjugendorganisation Gespräche führten und Vereinbarungen trafen. Belgier und die FDJ beschlossen u.a., daß belgische Jungsozialisten an Arbeitslagern in Mitteldeutschland teilnehmen, die von der FDJ durchgeführt werden. Der von deutscher Seite unternommene Versuch, trotzdem noch die Beziehungen zu verbessern, scheiterte an der Nichteinhaltung von getroffenen Vereinbarungen durch die belgischen Jungsozialisten. Der belgische JS-Sekretär Wijnrocx hatte zugesagt, zunächst die Verbindungen zur FDJ ruhen zu lassen und eine generelle Aussprache mit den Vertretern der Jungsozialisten durchzuführen. Er hielt sich nicht daran. Stattdessen

23. Juli 1965

reiste er weiter ständig in Ostblockländer, ließ sich von den dortigen kommunistischen Funktionären feiern, und wurde auch in Ostberlin zu einem erneuten Gespräch mit dem FDJ-Zentralsekretär empfangen. Desgleichen ignorierte er die Beschlüsse der Sozialistischen Jugendinternationale, die auf dem Kongreß in Oslo im Jahr 1963 in Bezug auf Ostkontakte gefasst waren. Der gute Wille der deutschen Jungsozialisten wurde noch einmal unter Beweis gestellt, als ein Vertreter der Jungsozialisten am Kongreß der Belgier vom 30. Oktober bis 2. September 1964 in Ostende teilnahm. Auf diesem Kongreß wurde aber deutlich, daß die belgischen Jungsozialisten im Fahrwasser der Politik der Sowjetunion schwimmen. Das ging nicht nur aus der brüderlichen Umarmung zwischen den anwesenden russischen Komsomolzen und Herrn Wijninckx hervor, sondern wurde auch deutlich in den Resolutionen. "Die Bundesrepublik bedroht den Frieden der Welt. Berlin gehört nicht zur Bundesrepublik. Berlin muss ein eigener Staat werden." Diese und ähnliche Forderungen auf der Konferenz machten es dem deutschen Vertreter unmöglich, länger anwesend zu bleiben. Die Konferenz sandte am 2. November ein Grußtelegramm an die FDJ in Ostberlin und bedauerte, daß durch die Passverweigerung durch das alliierte Travel-Büro in Westberlin, eine Einreise der eingeladenen FDJ-Delegation nicht möglich sei. Die belgischen Jungsozialisten erklärten sich "solidarisch mit allen jungen Sozialisten in der DDR". Der deutsche Vertreter verließ die Konferenz und wenige Tage später faßte der Bundesausschuß der Jungsozialisten die anfangs erwähnte Entscheidung.

Der klare kommunistische Kurs, der seit langem bei den belgischen Jungsozialisten eingekohrt ist, wurde nun dieser Tage endgültig bestätigt. Auf der IUSY-Executive-Komitee-Sitzung in Haifa schieden die belgischen Jungsozialisten aus eigenem Anlaß aus der Sozialistischen Jugendinternationale aus. Die belgischen Jungsozialisten unter Leitung ihres Nationalsekretärs Wijninckx, haben sich gegen den demokratischen Sozialismus entschieden. Es wäre kein Wunder, wenn Herr Wijninckx demnächst in "Weltbund demokratischer Jugend" (WFDJ), der prokommunistischen Weltjugendorganisation, mit offenen Armen empfangen würde.

## Wachsende Anstrengungen an der Bildungsfront

Zur Tagung der Internationalen Erziehungskonferenz in Genf

Von Pierre Simonitsch, Genf

Ohne nennenswerte politische Zwischenfälle hat dieser Tage im Genfer "Palais Wilson" die von der Unesco organisierte 28. Internationale Erziehungskonferenz ihre nützliche Arbeit aufgenommen, nachdem sie im letzten Jahr infolge widerlicher Streitigkeiten um die Teilnahme Portugals völlig ergebnislos abgebrochen werden mußte. Die diesjährige Konferenz, an der 250 Delegierte aus 90 Ländern teilnehmen, beschäftigt sich in der Hauptsache mit zwei Punkten: 1. Der Kampf gegen das Analphabetentum und der Schulunterricht für Erwachsene; 2. Der Fremdsprachenunterricht in den höheren Schulen.

Die Wichtigkeit der Internationalen Erziehungskonferenz läßt sich allein an dem Umstand illustrieren, daß es in unserer Epoche der Elektroengehirne und Marsschden noch immer an die 750 Millionen Erwachsene auf der Erde gibt, die weder lesen noch schreiben können. Von den 965 Millionen Jugendlichen im Schulalter besuchen nur 40 Prozent eine Schule oder eine Universität. Von diesen 425 Millionen Privilegierten wiederum müssen sich 79 Prozent mit der Absolvierung der Volksschule begnügen, 18 Prozent bringen es bis zu einer Art mittleren Reife und nur drei Prozent besuchen eine Hochschule.

Mit dem Ziel, einen Überblick über die Realitäten und Fortschritte im Erziehungswesen zu erhalten und darauf basierend Empfehlungen zur Bekämpfung des Analphabetentums auszuarbeiten, hatte das Internationale Erziehungsbüro von allen Regierungen detaillierte Berichte über die Situation in ihren Ländern erbeten. 109 Staaten haben dem Wunsche entsprochen, was einen Rekord in dieser Art von Umfragen bedeutet. Dabei stellt sich heraus, daß sich die in den verschiedenen Ländern dem Unterrichtswesen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel in der Periode 1963/64 gegenüber dem vorhergehenden Jahr im Durchschnitt um nicht weniger als 3,18 Prozent erhöht haben. In der Schweiz beispielsweise haben sich die jährlichen Zuschüsse an die Universitäten von 1950 bis 1964 verdreifacht; insgesamt entsprechen die Subventionen des Bundes und der Kantone für das Schulwesen und die wissenschaftliche Forschung 5,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Ceylon gibt für das Unterrichtswesen 15 Prozent seiner Staatseinkünfte aus, der Iran 17 Prozent den Gesamtbudgets. Trotz dieser wachsenden Anstrengungen ist es bisher auf der ganzen Welt nur 23 Staaten gelungen, den Analphabetismus vollständig zu besiegen. Die Bildungspläne sind von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nicht zu trennen, erklärte deraalgerische Berichterstatter Ahmed Annabi vor der Konferenz. Die Leute gehen lieber in die Schule und lernen leichter, wenn sie sehen, daß ihnen die erworbenen Kenntnisse einen sofortigen materiellen Vorteil - wie bessere Stellen, höhere Löhne oder größere Ernteergebnisse - einbringen. Obwohl natürlich die dringlichsten Erziehungsprobleme in den unterentwickelten Weltgegenden bestehen, bleibt auch in unseren hochindustrialisierten Ländern noch viel zu tun übrig. In diesem Zusammenhang ist der Rapport der britischen Delegation erwähnenswert, der die kürzliche Schaffung eines nationalen Komitees bekanntgibt, dessen Aufgabe darin liegt, mögliche Maßnahmen zur Steigerung des Bildungsniveaus jugendlicher Arbeiter zu studieren. Die Unternehmer werden aufgefordert, ihren jungen Arbeitskräften während der normalen Arbeitszeit einige freie Stunden zum Besuch von Kursen zu genehmigen. Die hauptsächliche Empfehlung dieses Komitees fixiert eine Mindestzahl von 250.000 Arbeitern unter 18 Jahren, die bis 1970 in die bereits existierenden kulturellen Bildungskurse eingegliedert werden sollen.